

Original direkt weitergeleitet

POLITISCHE ABTEILUNG III
o.713-333 - RIA/BUG

Bern, den 11. Februar 1992

(Nichts) Neues von der Abrüstungsfront

1. Wer in der Abrüstungsgeschichte blättert, liest von vielen guten Absichten, die nie realisiert worden sind. Das gilt auch für dieses Jahrhundert, wo den Enttäuschungen des Völkerbundes nach dem 2. Weltkrieg nochmals bittere Erfahrungen gefolgt sind.
2. Auf diesem Hintergrund ist es geradezu unglaublich, wieviel sich in den letzten Jahren im Herzstück des Rüstungswettlaufes geändert hat:
 - Auf bilateraler Ebene haben die beiden Supermächte seit dem Abkommen von 1987 alle Mittelstreckenraketen in Europa vernichtet. Der im Juli 1991 unterzeichnete START-Vertrag soll bis 1997 eine 40%-ige Reduktion der strategischen Nuklearwaffen bringen. Kurz darauf haben sich Bush (27.9.1991) und Gorbacëv (3.10.1991) in einseitigen Erklärungen praktisch die vollständige Eliminierung der taktischen Nuklearwaffen versprochen. Soeben (29./30.1.1992) sind zwischen Bush und El'cin neue Verhandlungsofferten ausgetauscht worden, die für die strategischen Nuklearstreitkräfte auch gegenüber den START-Begrenzungen nochmals drastische Reduktionen in Aussicht stellen.
 - Auf regionaler Ebene ist vor allem die Entwicklung im Einzugsgebiet der KSZE-Staaten bemerkenswert. Nach jahrelangen Bemühungen um vertrauensbildende Massnahmen (Stockholm 1986, Paris 1990) ist dort zum ersten Mal ein Durchbruch bei der konventionellen Abrüstung gelungen. Mit dem im November 1990 in Paris unterzeichneten Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) soll zwischen den Mitgliedern der NATO und des früheren Warschauer Paktes ein zonales



Gleichgewicht für Offensivwaffen hergestellt werden, das die Verschrottung von fast 100'000 Hauptwaffensysteme mit sich bringen wird. Zusammen mit den Nachfolge-Staaten der Sowjetunion wird zur Zeit in Wien im gleichen Kreise über die Reduktion der Personalbestände sowie über ein Regime des offenen Himmels ("open-skies") verhandelt. Man hofft, beide Verhandlungen noch vor Beginn des Nachfolgetreffens in Helsinki abschliessen zu können.

- Weniger ins Gewicht fallen vorläufig die Ergebnisse auf weltweiter Ebene. Immerhin scheinen sich die jahrzehntelangen Bemühungen um ein allgemeines Verbot der chemischen Waffen bald dem Abschluss zu nähern. Für die etwas schwächliche B-Waffen-Konvention aus dem Jahre 1972 sollen Experten die Möglichkeiten eines Verifikationsregimes untersuchen. Im nuklearen Bereich wird nach den Erfahrungen mit dem Irak die Verstärkung des bestehenden Inspektionssystems ("Safe-Guards") diskutiert. Die UNO-Generalversammlung hat im vergangenen Dezember ein Waffenregister eingeführt, das ab 1993 genaue Angaben über den Handel von 7 schweren Waffenkategorien liefern wird. Gemäss der gleichen Resolution sollen weitere Massnahmen zur Verstärkung der Transparenz von Kriegsmaterialbeständen in Angriff genommen werden.
3. Die Abrüstungsdynamik der letzten Jahre war mit dem Ende des Kalten Krieges verbunden, streckenweise ist sie aber auch als Antwort auf neue Bedrohungen zu verstehen. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es gegenwärtig vor allem zwei Elemente zu berücksichtigen:
- Nach der Auflösung der Sowjetunion stellte sich zunächst die Frage, ob angefangene, aber bei weitem noch nicht vollendete Abrüstungsprojekte überhaupt weitergeführt werden können.

- Die instabilen Verhältnisse in den Nachfolgestaaten verdichteten gleichzeitig die Proliferationsrisiken, deren erschreckendes Ausmass bereits vorher im Golfkrieg zum Ausdruck gekommen war.

Glücklicherweise scheinen sich die GUS-Staaten an früher abgegebene Versprechen halten zu wollen. Der Abtransport taktischer Nuklearwaffen hat begonnen; von den vier Republiken, auf deren Territorium strategische Nuklearwaffen gelagert sind, wollen Weissrussland und die Ukraine dem Atomsperrvertrag als Nichtkernwaffen-Staaten beitreten. Kasachstans Haltung ist noch nicht ganz klar. Immer mehr hat man den Eindruck, dass El'cin, der sich in Washington sehr verhandlungsfreudig gezeigt hat, faktisch das gesamte Nuklearpotential der ehemaligen Sowjetunion kontrolliert.

Dass man den neuen Staaten in Osteuropa künftig die Bereitschaft zur Abrüstung mit finanzieller Hilfe abkaufen kann, ist durchaus plausibel. Aber auch abgesehen davon wird sich die Abrüstungsdiplomatie der nächsten Jahre sehr stark von den Zielen und Methoden der Vergangenheit unterscheiden:

- Man wird sich immer mehr auf informelle, politische Vereinbarungen verlassen, die schnell realisiert und flexibel angepasst werden können. Die Zeit von Marathon-Verhandlungen über komplexe Vertragswerke ist vorüber.
- Das Interesse der USA an intrusiven Verifikationsmethoden nimmt ab. Es gilt den eigenen Technologievorsprung nicht aufs Spiel setzen, in den offenen Gesellschaften des früheren Ostblockes verfügt man über andere Mittel, um an die Informationen heranzukommen.
- Mehr als Rüstungsbeschränkungen im ost-westlichen-Verhältnis wird in den nächsten Jahren die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen auf der Nord-Süd Achse im Vordergrund stehen.

- Dass es zwischen Russland und den USA zu einem weiteren Aufbau des Nukleararsenals kommt, ist wahrscheinlich. Im Rahmen der KSZE wird es an den konventionellen Sicherheitsverhandlungen nach Helsinki vermutlich weniger um Abrüstung als um Massnahmen und Mechanismen der Krisen- und Konfliktverhinderung bzw. -bewältigung gehen. Operationelle Definitionen von Konzepten wie hinlängliche Verteidigung oder defensive Doktrinen werden ebenfalls eine Rolle spielen.
 - Vor allem wird man sich in den nächsten Jahren mit den Kosten der Abrüstung auseinandersetzen müssen. Nun ist zwar der Wille da, paradoxerweise fehlt aber häufig das Geld. Die Verschrottung von Waffen erweist sich als kostspielig, sie ist nicht viel billiger als ihre Herstellung.
4. Dass die neuen Perspektiven auch die schweizerische Abrüstungspolitik beeinflussen, liegt auf der Hand:
- Zwar stellt die Proliferationsproblematik für uns nichts Neues dar, als hochindustrialisiertes Land sind wir aber doch immer wieder besonders stark angesprochen. Neu ist sie insofern nicht, als wir bei den Exportkontrollen des Londoner Clubs (nuklear) und der Australien-Gruppe (chemisch-biologisch) praktisch von Anfang an mitgemacht haben. Der bevorstehende Beitritt zum Raketentechnologie-Regime wird die letzte Lücke schliessen. Die Notverordnung über "dual-use"-Güter (12.2.1992) gibt uns nationale Rechtsgrundlagen, mit denen wir uns auch im internationalen Vergleich sehen lassen können.
 - Dass ein nationales Vorgehen selbst im Verbund mit anderen Industriestaaten nicht genügt, bestätigen die Proliferationsrisiken, die mit der Auflösung der Sowjetunion entstanden sind. Hier werden wir zu zusätzlichen Anstrengungen herausgefordert. Mit guten Ratschlägen an die ehemaligen

Ostblockstaaten, ebenfalls Exportkontrollen einzuführen, ist es nicht getan. Kurzfristig wäre wohl am wirksamsten, für die 3'000 Atomwaffen-Spezialisten der ehemaligen Sowjetunion ein paar Beschäftigungsmöglichkeiten zu finanzieren. Ebenso wichtig ist es, dass wir in unserer Osthilfe der Konversion von den Rüstungsbetrieben genügende Aufmerksamkeit schenken.

- Selbst eine erfolgreiche Lösung dieser unbestrittenen Dringlichkeiten wird aber die Proliferationsrisiken nur verzögern, nicht jedoch an der Wurzel beseitigen. Somit bleibt der Einsatz für die weltweite Aechtung von Massenvernichtungswaffen aktuell, kann sich aber nicht nur auf die Schöpfung abstrakter Vertragstexte beschränken, die mit spitzfindigen Verifikationsregimen vor allem unsere eigene Industrie belasten, wo ohnehin keine Gefahr besteht. Die Erfahrungen im Irak haben gezeigt, dass es bei der Verifikation neue Ansätze braucht. Aber auch diese werden nicht genügen, wenn gemäss einem alten schweizerischen Postulat nicht gleichzeitig die tiefer liegenden Konflikte gelöst werden. Der Erfolg von Bakers Friedensplan im Mittleren Osten könnte uns ein gutes Stück voran bringen. In unmittelbarer Nähe dieser Zone dürften aber mehrere der 10 Nuklearstaaten liegen, die gemäss Cheney's Prognose bis Ende des Jahrhunderts in der Dritten Welt entstehen.
- Dass die nuklearen Grossmächte weiter abrüsten sollten, ergibt sich aus der Tatsache, dass sonst die Anziehungskraft eines immer zugänglicheren Abschreckungsmittels kaum mehr zu meistern ist. Aber auch hier werden illusorische Forderungen und idealistische Predigten wenig nützen, vielmehr ist die Frage zu beantworten, ob mit der Entwicklung effizienter Abwehrtechnik der Sache nicht ein grösserer Dienst geleistet wird.
- Im konventionellen Bereich können wir auf weltweiter Ebene die ersten Bemühungen um mehr Transparenz beim Waffenhandel

(UNO-Register) problemlos unterstützen, da wir schon seit 20 Jahren über ein Kriegsmaterialgesetz verfügen, dessen Zielsetzung weit darüber hinausgeht. Dieses ist ebenfalls eine gute Grundlage, um uns im regionalen Rahmen der KSZE für die Koordinierung von Exportkontrollvorschriften einzusetzen. Mit der Erhöhung der Mitgliederzahl und den unsicheren Verhältnissen in verschiedenen GUS-Staaten dürften im übrigen an den Sicherheitsverhandlungen, die unter allen KSZE-Staaten nach Helsinki beginnen, jene qualitativen Aspekte (friedliche Streitbeilegung etc.) im Vordergrund stehen, die wir schon immer als eigentliche Voraussetzung für quantitative Rüstungsbeschränkungen betrachtet haben.

A. Ritz
(A. Ritz)

Kopien - AFM, EMD
- Botschafter von Arx, Genf
- GRN, WI, SUT, FR, DAH, HAU

06.12.1992 - 16